

Langjährige Beratungsprozesse in der Zivilgesellschaft im Bereich der Integration von Zuwanderern

Eine der Kernfragen der Arbeit der Mobilien Beratungsteams (MBT) ist die Frage der Zuständigkeit. Wer ist zuständig für die Lösung gesellschaftlicher Probleme? Für welche gesellschaftlichen Fragestellungen ist das MBT „zuständig“, d.h. zu welchen Themenbereichen beraten wir und wann geben wir Anfragen an andere „Zuständige“ weiter?

Die erste Frage betrifft die Grundsätze des MBTs. Vor allem in den neuen Bundesländern erwarten viele Menschen, dass der Staat, bzw. seine Organe wie Polizei, Justiz, Verwaltung, für die Beseitigung gesellschaftlicher Missstände zuständig seien. So muss das MBT immer darüber aufklären, dass die Möglichkeiten des Staates begrenzt sind, dass die Menschen selbst ihre Rolle in der Gestaltung der Gesellschaft spielen müssen, dass das demokratische System mehr bedeutet als regelmäßige Wahlen und dass es mit Leben gefüllt werden muss. Aufgabe des MBTs ist es, neben der Aufklärung, auch Unterstützung anzubieten, so dass Menschen, die anfangen, sich als Zuständige zu begreifen, auch erste – und weitere – Schritte gehen können.

Die zweite Frage ist manchmal nicht so einfach zu beantworten. Wenn eine örtliche oder regionale Initiative, die wir beraten, im Feld Rechtsextremismus aktiv ist, befinden wir uns sicher mitten im Auftrag Tolerantes Brandenburg. Was ist aber, wenn dieselbe Initiative ein Thema aufgreift, für das es auch andere potentielle Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen gibt? So selten ist dies nämlich nicht, vor allem wenn das Thema z. B. Asyl und die Integration von Zuwanderern heißt. Allein in Ostbrandenburg haben wir mit vier Orten zu tun, in denen unsere Beratungsprozesse dieses Themenfeld mindestens teilweise beinhalten. Und gerade zu diesem Themenfeld gibt es neben dem MBT als potentielle Beratungs- und Unterstützungsträger z. B. die RAA und FAZIT. Die RAA – Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule – ist Teil unseres eigenen Trägers, Demokratie und Integration Brandenburg e.V.; FAZIT (Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz) bündelt mehrere Aufgabenfelder im Bereich Zuwanderung. Solche Konstellationen existieren auch in anderen Themenfeldern wie z. B. der Jugendhilfe oder der Dorfentwicklungsplanung.



*Das Knotenspiel während der Zukunftswerkstatt
„Jugendsozialarbeit in MOL in 2010“, Februar 2003*

Was auf den ersten Blick wie ein großes Konfliktpotential aussieht, lässt sich eigentlich ziemlich leicht klären. Mit unserem Ansatz, die zivilgesellschaftlichen Akteure zu stärken, können wir eine prozessbezogene Beratung durchführen und zusätzlich eine fachbezogene Beratung in die Prozesse einbeziehen. Es obliegt eben den Akteuren vor Ort, zu entscheiden, von wem sie sich beraten lassen. Natürlich muss das MBT auf eine gute Kommunikationskultur achten, damit die verschiedenen Spieler auf dem Feld sich nicht als Konkurrenz sehen, aber gerade eine gute Kommunikationskultur sollte sowieso für jede positive demokratische Entwicklung gefördert werden.

Während das Thema Asyl und Integration von Asylbewerbern ein klassisches Thema der Rechtsextremen ist, muss außerdem beachtet werden, dass in den letzten Jahren eine kontroverse politische Diskussion auf Bundesebene geführt worden ist, in der es parteipolitisch sehr unterschiedliche Positionen gibt. Vor Ort muss mit der Gesetzgebung umgegangen werden und oft wird diese auch gerade von denjenigen kritisiert, die sich auch gegen den Rechtsextremismus engagieren.

Es ist aber nicht Aufgabe des MBT, (parti-)politisch Stellung zu beziehen – unsere Leitlinien sind das Grundgesetz und die allgemeinen Menschenrechte. Unser Beratungsansatz in einem solchen kontroversen Themenfeld zielt daher auf die Förderung einer transparenten, auf Werte bezogenen, demokratischen Kultur der Kommunikation und der Auseinandersetzung, die sich deutlich von dem Vorurteile schürenden, Schuld zuweisenden Ansatz der Rechtsextremen abgrenzt.

*Lagerfeuer während einer
Zukunftswerkstatt mit Jugendlichen
„Mensch ärgere Dich nicht – tu was!“,
September 2003*



In Märkisch-Oderland berät das MBT Frankfurt (Oder) seit 1999 den Kreis-Kinder- und Jugendring Märkisch-Oderland e.V. (KKJR), auf dessen Initiative hin das kreisweite Netzwerk für Toleranz und Integration (NTI) 2000 gegründet wurde. Ebenfalls seit 1999 berät das MBT Frankfurt (Oder) in der Stadt Strausberg mehrere Akteure, die sich zu einem Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus zusammengeschlossen haben. Die nachfolgende Beschreibung der Beratungsprozesse soll:

- den Wert langjähriger Beratungsprozesse an sich verdeutlichen;
- Beispiele für Themenverknüpfungen geben, die sich über eine kontinuierliche Vernetzung ergeben; und
- Beispiele für die Förderung der zivilgesellschaftlichen Diskursfähigkeit geben.

Das Netzwerk für Toleranz und Integration (NTI) Märkisch-Oderland

Das MBT, damals als Regionalbüro Fürstenwalde, seit Dezember 2004 als MBT Frankfurt (Oder), ist seit 1999 im Märkisch-Oder-Landkreis (MOL) tätig. Erste Anfragen des Kreis-Kinder- und Jugendrings MOL bezogen sich auf die Sensibilisierung der Jugendsozialarbeit für das Thema Rechtsextremismus. Ersten Gesprächsrunden in Jugendclubs folgten Fortbildungsveranstaltungen für JugendsozialarbeiterInnen. In dieser Zeit entstand auch die Idee, ein kreisweites Netzwerk aufzubauen, das vor allem im zivilgesellschaftlichen Bereich aktiv werden sollte. Am 15. Mai 2000 fand die Gründungsveranstaltung statt: das



Teilnehmer eines vom NTI organisierten Graffiti-Projektes in Seelow, 2006

Netzwerk für Toleranz und Integration MOL wurde geboren. Der Name entsprach den Aufgabengebieten wichtiger Akteure und sollte weniger ein „Gegen rechts“ enthalten, sondern vielmehr eine positive Zielrichtung angeben.

So begann für das MBT Fürstenwalde/Frankfurt (Oder) ein langjähriger Beratungsprozess. Diese Beratungsarbeit hat mehrere Phasen durchlebt, in denen das MBT unterschiedliche Aufgaben und Rollen übernommen hat, u. a.:

- fachliche Inputs vor allem zum Thema Rechtsextremismus aber auch zu anderen Themen, wie z. B. Netzwerkarbeit, Argumentationshilfen;
- Moderation von Veranstaltungen, sowohl netzwerkintern als auch auf Workshops und Tagungen des NTI;
- Beratung zur Konzeptentwicklung für Projekte;
- Prozessberatung;
- Konfliktvermittlung.

An dieser Stelle soll jedoch nicht das NTI an und für sich beschrieben oder gar dokumentiert werden. Eine Kurzbeschreibung des NTI MOL, wie es sich bis 2006 entwickelt hat, findet sich in den beiden hervorgehobenen Einschüben. Wichtig ist nur festzuhalten, dass die langjährigen Beratungsprozesse für das MBT auch den Aufbau und die Pflege von vielen Kontakten in MOL bedeuten, die jederzeit aktiviert werden können. Aufgrund dieser vernetzten Kontakte kommt es selten vor, dass das MBT gar keinen Kontakt herstellen kann zu einem Ort, in dem gerade ein Beratungsbedarf entsteht.

Der Integrationsfachtag MOL

Zu einer festen Größe in MOL ist der seit 2002 jährlich stattfindende und vom NTI organisierte Integrationsfachtag geworden. Mehr als nur eine Tagesveranstaltung, hat der Integrationsfachtag im Laufe der Jahre zur Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Vernetzung in MOL beigetragen. Das MBT Frankfurt (Oder) hat das NTI 2002 bei der Entstehung des Integrationsfachtages beraten und übernahm bei der Umsetzung und Weiterentwicklung in den Folgejahren verschiedene, dem Bedarf entsprechende beratende und unterstützende Rollen.

Netzwerk für Toleranz und Integration in Märkisch-Oderland – 1

Kurzbeschreibung:

- Das Netzwerk für Toleranz und Integration in Märkisch-Oderland (NTI) ist ein bürgerschaftlich orientiertes, kreisweites Netzwerk mit mehr als 40 Mitgliedern aus einer Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche, die sich für die weitere demokratische Entwicklung in Märkisch-Oderland engagieren.
- Das NTI pflegt eine gute **Kommunikation** unter seinen Mitgliedern sowie zwischen allen Akteuren, ob Verein/Verband oder Verwaltung, Institution oder Politik.
- Dadurch fördert das NTI die **Kooperation** zwischen allen an einem Thema beteiligten Akteuren anstelle von Konkurrenz und Feindbilddenken, z. B. zwischen freien Trägern oder zwischen Verwaltung und Verbänden.
- Daraus entstehen **Synergien**: Konflikte und Probleme können besser gelöst werden, Neues kann entstehen.
- Durch die vom NTI initiierten **Fortbildungen, Aktivitäten und Projekte** findet – bezogen auf die unten genannten Themenfelder – ein **Kompetenztransfer** in den Landkreis sowie innerhalb des Landkreises statt.
- Die vom NTI für Projekte akquirierten Finanzmittel werden überwiegend im Landkreis ausgegeben.
- Beispiele für die **Nachhaltigkeit der NTI-Arbeit** sind u. a. die Ergebnisse der Integrationsfachtage (Runder Tisch Asyl MOL, Arbeitskreis Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, Arbeitskreis bürgerschaftliches Engagement), wiederholte Anfragen für Angebote des NTI (Fortbildung zu Themen wie Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus; mehrfache Anfragen aus einem Ort, z. B. Letschin), gewachsene Praxis der Zusammenarbeit der Mitglieder bei Projekten (z. B. Theaterprojekte, Benefizgala zu Gunsten bürgerschaftlichen Engagements im Landkreis, März 2006).

Netzwerk für Toleranz und Integration in Märkisch-Oderland – 2

Ziele des NTI

- Förderung der Werte unserer demokratisch verfassten Gesellschaft
- Förderung von bürger- und zivilgesellschaftlichem Engagement
- Abbau von Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft
- Abbau von Vorurteilen gegenüber sozial Schwachen, Minderheiten und Zuwanderern
- Perspektivbildung mit und für junge Menschen insbesondere in den strukturschwachen Regionen des Landkreises
- Vernetzung der vorhandenen Ressourcen und damit verbunden Schaffung von Synergieeffekten
- Förderung der Wertschätzung der Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft

Struktur /Aufbau /Partner

- Bürgerschaftlich orientiert
- Kreisweit organisiert
- Für alle offen, die sich für die weitere demokratische Entwicklung in MOL engagieren
- Das NTI hat derzeit 43 Mitglieder aus den Bereichen
 - Vereine und Verbände
 - Bürgerinitiativen
 - Parteien
 - Schulen
 - Polizei
 - Verwaltung
 - Privatpersonen und andere
- Das NTI wird zwischen den Netzwerktreffen vom eigenen Beirat koordiniert.
- Gründung: am 15. Mai 2000
- Träger: Kreis-Kinder-und Jugendring Märkisch-Oderland e.V.
- Das NTI wird seit der Gründung vom Mobilen Beratungsteam Tolerantes Brandenburg beraten.
- Weitere Partner sind u. a. RAA

Arbeitsweise

- Koordination und Vernetzung
- Regelmäßige Netzwerktreffen mit inhaltlicher Ausrichtung
- Projekte
- Fortbildung, Information, Ausstellungen, Veranstaltungen, Fachtage
- Moderation und Mediation
- Analyse und Öffentlichkeitsarbeit zu den im Netzwerk behandelten Themen

Themenfelder

- Rechtsextremismus entgegentreten, Toleranz fördern
- Zuwanderung und Integration
- Demokratische Entwicklung des Gemeinwesens
- Schule und Berufsausbildung
- Kinder, Jugend und gesellschaftliche Integration

2002: Der erste Integrationsfachtag

Im Herbst 2002 war die bundesweite öffentliche Debatte über die Integration von Zuwanderern im Zusammenhang mit der ersten Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes in vollem Gange. Das MBT beriet das NTI zur Frage, wie das Thema stärker ins öffentliche Bewusstsein im Landkreis getragen werden könnte und machte den Vorschlag, einen Fachtag zum Thema zu organisieren. Dieses Vorhaben wurde vom NTI aufgegriffen und innerhalb kurzer Zeit (acht Wochen zwischen Konzeption und Umsetzung) durchgeführt.

In der Konzeption dieses ersten Integrationsfachtages hieß es unter anderem:

„Die Integration von Migranten kann nicht vom Staat allein ausgehen – genauer gesagt, der Staat *kann nicht* das Zusammenleben von Menschen bestimmen. Es heißt folgerichtig Integration in die Gesellschaft, nicht in den Staat. In der bundesweit geführten Debatte über die Integration von Zuwanderern wird um Prinzipien und Grundsätze gerungen, während man vor Ort bereits nach praktischen Lösungen sucht, die nicht auf die Gesetzgeber warten können: die Menschen sind schon hier.“

Ziel war es, die Bedeutung der Integrationsarbeit stärker ins öffentliche Bewusstsein im Landkreis zu rücken und dabei deren Stellenwert zu erhöhen, positive Beispiele in der Integrationsarbeit aufzuzeichnen und dabei die Aktiven zu ermutigen, weiterzumachen. Almuth Berger, die damalige Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, referierte zur Frage „Was ist Integration?“ und regte die Diskussion an. Weitere Akteure aus der Verwaltung und von freien Trägern des Landkreises sprachen zu den Themen:

- Situationsbeschreibung mit Zahlen und Fakten
- Rahmenbedingungen für Integration in MOL
- Erfahrungen in der praktischen Integrationsarbeit
- Situation der Asylbewerber im Landkreis MOL
- Perspektiven der Betroffenen

Darstellungen und Berichte von Projekten und Erfahrungen in der praktischen Integrationsarbeit rundeten den Tag ab, an dem auch die mit der neuen Gesetzgebung verbundene Hoffnung auf neue Möglichkeiten zum Ausdruck kam. Schon an diesem Tag wurde deutlich, dass eine Fortsetzung nötig sein würde, um weitere Fragen um das Thema Integration zu behandeln.

2003: Der zweite Integrationsfachtag zum Thema Asyl

Bei der Auswertung des ersten Integrationsfachtages hatte sich herausgestellt, dass viele Maßnahmen, Initiativen und Aktivitäten zur Integration der Spätaussiedler in MOL existierten. Viele der anderen im Landkreis vertretenen Zuwanderergruppen, seien es ehemalige Vertragsarbeiter die in die DDR gekommen waren oder mit Deutschen verheiratete, z. B. polnische Staatsbürger, waren oft durch Arbeit und Familie bereits gut integriert. Bei den Asylbewerbern sah es anders aus. Erst nach einer positiven Entscheidung des Asylverfahrens entstehen Möglichkeiten, an Integrationsmaßnahmen wie Deutschkursen, Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt u.ä., teilzunehmen. Wer nicht als politisch verfolgt im Sinne von Art. 16a GG anerkannt wird, aber aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden kann, hat keinen Anspruch auf Maßnahmen zur Integration. Offiziell gilt in der Regel, dass Asylbewerber, deren Asylverfahren noch nicht entschieden ist, nicht zu integrieren seien, weil ihr künftiger Aufenthalt nicht sicher ist.

Um diese Situation aufzugreifen und zu thematisieren, verständigte sich die vom NTI beauftragte und vom MBT moderierte Vorbereitungsgruppe darauf, dass die Thematik „Integrationsprozesse bei Asylbewerbern im Landkreis MOL“ im Vordergrund des zweiten Integrationsfachtages stehen sollte. Über mehrere Monate wurde die Veranstaltung entwickelt und geplant. Dies stellte für das MBT eine komplexe, prozessbegleitende Beratungssituation dar. In dieser Zeit fanden auch wichtige Verständigungsprozesse statt, die ihren Ausdruck im Text der Einladung sowie im Programm (siehe Kasten) fanden.

Circa 120 Personen nahmen an diesem Fachtag teil, unter ihnen AsylbewerberInnen, die ihre Lebenssituation eindrücklich darstellten, MitarbeiterInnen der mit der Beratung, Beherbergung und Betreuung von AsylbewerberInnen befassten Träger, KommunalpolitikerInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen sowie interessierte und engagierte BürgerInnen.

Wichtiges und konkretes Ergebnis des zweiten Integrationsfachtages war die Einrichtung einer Kommunikationsstruktur zur Besprechung der vielen am Integrationsfachtag entstandenen Fragen: der „Runde Tisch Asyl in MOL“. Somit wurden Prozesse, die während der Vorbereitung des zweiten Integrationsfachtages begonnen wurden, nach der Veranstaltung fortgeführt – der Integrationsfachtag selbst war ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg.

Auszüge aus dem Programm des zweiten Integrationsfachtages MOL:

„Die Zuwanderung von Menschen aus fremden Ländern führt in jedem Fall zu Integrationsprozessen in der aufnehmenden Gesellschaft, auch wenn keine gezielte Steuerung der Integration erfolgt“
(„Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer im Land Brandenburg“, Potsdam 2002, S.7)

„Für Asylbewerber gibt es keine Integrationsmaßnahmen, dennoch finden Integrationsprozesse statt – wie geht das?“

„Bei Zuwanderern mit vorübergehendem Aufenthalt ist eine dauerhafte Integration zunächst nicht Ziel dieses Aufenthaltes. Dies gilt auch für die Gruppe der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Aufenthalt ausschließlich zur Durchführung des Asylverfahrens gestattet wird, und für die Gruppe der Geduldeten, bei denen (...) auf die Vollziehung der Abschiebung verzichtet wird.
Gleichwohl findet mit zunehmender Aufenthaltsdauer eine je nach den örtlichen und individuellen Umständen unterschiedliche tatsächliche Integration statt“
(„Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer im Land Brandenburg“, Potsdam 2002, S.16)

„Der 2. Integrationsfachtag in Märkisch-Oderland will anhand der Situation der Asylbewerber Impulse geben für die Diskussion und konkrete Arbeit zur Integration von Zuwanderern in MOL. Er will Informationen über die Lebenssituation der Asylbewerber im Landkreis vermitteln, Asylbewerber über ihre Erfahrungen und Probleme zu Wort kommen lassen, und Beispiele gelungener Integrationsprozesse in den Bereichen Nachbarschaft, Kita, Schule, Vereine, etc. darstellen.“

„Was hat die bundespolitische Zuwanderungsdebatte mit MOL zu tun?
Wie sind die Bürger auf den Umgang mit Asylbewerbern eingestellt?
Wie sind Mitarbeiter der Verwaltung und anderer Institutionen vor Ort auf die Beratung und Betreuung von Asylbewerbern vorbereitet?
Welche Erwartungen an die Asylbewerber sind realistisch, welche überzogen?“

Der Runde Tisch Asyl in Märkisch Oderland

Der Runde Tisch Asyl in Märkisch Oderland sollte alle an Asylfragen Beteiligten zusammenbringen, um im Dialog Probleme, Konflikte und offene Fragen zu besprechen. Beteiligt waren die freien Träger, die Asylarbeit leisten (Sozialarbeit mit und Beratung von Asylbewerbern), die Betreiber der Asylbewerberheime, die zuständigen Stellen der Verwaltung auf Kreis- bzw. Kommunalebene sowie der Ausländerbeauftragte des evangelischen Kirchenkreises und das Netzwerk für Toleranz und Integration, das die Koordination, Einladung und Protokollführung übernommen hatte. Auf Wunsch des NTI wurde der Runde Tisch Asyl beraten und begleitet durch das Mobile Beratungsteam. Damit begann ein neuer Beratungsprozess für das MBT in MOL.

Hintergrund des Bedarfs an einer solchen Runde waren Konflikte im Zusammenhang mit einem Fall von Kirchenasyl gewesen, bei dem eine vietnamesische Familie vor der Abschiebung geschützt wurde. So war ein Feindbilddenken gefördert worden, das die Kommunikation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft erschwert hatte. Verschiedene die Situation der AsylbewerberInnen betreffende Alltagsfragen fanden keine gute Lösung. Die Beratung und Moderation durch das MBT zielte darauf ab, zunächst die Kommunikation über konkrete Fragen und die Suche nach Gemeinsamkeiten herzustellen und gegenseitiges Vertrauen zu entwickeln. Daraus entwickelte sich anstelle des Misstrauens eine Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und freien Trägern. Eine detaillierte Beschreibung aller Themen und Entwicklungsprozesse wäre ein Kapitel für sich. An dieser Stelle soll nur als Ergebnis erwähnt werden, dass der Runde Tisch Asyl 2006 der Ort entscheidender Beratungen war, auf denen die ins Stocken geratene Umzugsplanung des Asylbewerberheims Waldsiedersdorf endlich zu einer Entscheidung gebracht werden konnte.

2004 und danach: Dritter bis sechster Integrationsfachtag – Die Themen werden erweitert

Nachdem der zweite Integrationsfachtag ausgewertet wurde, stellte sich die Frage nach weiteren Integrationsfragen in MOL. In einer Sitzung der NTI wurde für den dritten Integrationsfachtag das Thema „Integration bezogen auf die EU-Erweiterung und das Zusammenwachsen der grenznahen Regionen auf beiden Seiten der Oder“ gewählt. Zunächst waren die Vorstellungen etwas diffus. Zur Klärung der Fragestellungen sowie zur Vorbereitung des dritten Integrationsfachtages wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, in der Erwartung, dass der Integrationsfachtag wieder das Ergebnis eines Diskussions- und Entwicklungsprozesses sein würde.

Zu diesem Zeitpunkt hat das MBT einen Blick auf die Entwicklung des Integrationsfachtages geworfen und eine Beschreibung seiner wesentlichen Merkmale formuliert. Dabei wurde deutlich, dass der Integrationsfachtag keine einfache Tagesveranstaltung, sondern Höhepunkt eines inhaltlichen Diskussionsprozesses ist, der in die Arbeit und Vernetzung der PraktikerInnen eingebettet ist (siehe Kasten).

So entwickelten sich die Integrationsfachtage unter der Begleitung und Beratung des MBTs weiter. 2004 erfolgte die Unterstützung durch das mbt-eurokomm, einen zeitlich befristeten Ableger des MBTs, der

die deutsch-polnischen Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Beitritt Polens zur EU bearbeitet hat. 2005, 2006 und 2007 übernahm wieder das MBT Frankfurt (Oder) die Beratung. Thematisch wurde der Begriff Integration über den Kreis der Zuwanderer hinaus gesellschaftlich breiter verstanden – geblieben ist der zivilgesellschaftlich initiierte, prozessorientierte Charakter der Integrationsfachtage.

- 2004: Dritter Integrationsfachtag: „Das Abenteuer liegt auf beiden Seiten der Oder, oder?“, daraus ist der „Arbeitskreis deutsch-polnische Zusammenarbeit“ entstanden.
- 2005: Vierter Integrationsfachtag: „MOL macht ooch Laune – Wege und Visionen von Jung und Alt im ländlichen Raum“. Daraus entstand der „Arbeitskreis bürgerschaftliches Engagement“.
- 2006: Fünfter Integrationsfachtag: „Zwischen Pausenbrot und Tokio Hotel – Glückliche Kinder in MOL?!“ zum Thema Kinderarmut, Kinderrechte und soziale Ausgrenzung.
- 2007: Sechster Integrationsfachtag: „MOL - geradeaus gegen den rechten Weg“ zum Umgang mit Rechtsextremismus und zur Stärkung von Zivilcourage.

Merkmale des Integrationsfachtages:

1. Die treibende Kraft für den Integrationsfachtag ist die Zivilgesellschaft: Praktiker, Bürger, freie Träger, Vereine, vor allem diejenigen, die im Netzwerk für Toleranz und Integration MOL engagiert sind. Aus zivilgesellschaftlicher Sicht kann man sagen, dass die zu behandelnden Fragen zu wichtig sind, als dass man sie allein den staatlichen Institutionen überlassen könnte.
2. Die Diskussionsprozesse zum Thema sind während der Vorbereitung ebenso wichtig wie beim Integrationsfachtag selbst und sie sollen auch nach dem Tag fortgeführt werden.
3. Für die Praktiker, Bürger, teilnehmende Zivilgesellschaft soll etwas herauskommen: Kenntnisse, Erkenntnisse, neue Projekte, Kontakte, Vernetzung.
4. Somit ist der Integrationsfachtag mehr als eine Tagesveranstaltung. Besonderer Wert wird auf die Nutzbarkeit der Ergebnisse sowie in der Vor- und Nachbereitung auf die Einbeziehung und Beteiligung der Akteure gelegt, die zum gewählten Thema arbeiten. Dadurch kann der Integrationsfachtag viel besser seine multiplikatorische Wirkung im Landkreis entfalten.

Zuletzt hat sich herausgestellt, dass das Ringen um die richtigen Fragestellungen für die Referate und die Arbeitsgruppen zu guten Diskussionen geführt hat. Wie es in einem fernöstlich klingenden Spruch heißt: Nicht die Antwort, sondern die richtige Frage bringt die Erkenntnis.

(aus der Dokumentation des dritten Integrationsfachtages)

Der Arbeitskreis Strausberg – zivilgesellschaftlich und lokal gegen den Rechtsextremismus und für die Integration von Zuwanderern

Parallel zum NTI hat das MBT Frankfurt (Oder) in Strausberg einen Entwicklungsprozess beraten und begleitet, in dem sich eine zivilgesellschaftlich orientierte Gruppe über mehrere Jahre gegen den Rechtsextremismus engagiert hat.

Strausberg liegt am nordöstlichen Ende der Berliner S-Bahnlinie S5 und ist mit seinen ca. 26.000 Einwohnern (2005) die größte Stadt in MOL. Seit langem und noch heute ein Militärstandort, prägt diese Tradition die Stadt und ihre Gesellschaft. Gleichzeitig hat Strausberg jugendkulturell eine große Vielfalt, darunter aber auch rechtsextreme Anteile. Rechtsextreme Gewalt hat es über die Jahre hinweg immer wieder gegeben, ohne dass die Stadt deswegen in die bundesweiten Schlagzeilen geraten ist.

Ende der 1990er Jahre wurde – ausgehend von der Stadtverordnetenversammlung und dem Bürgermeister – ein Runder Tisch gegründet. Die Stadt war mehrfach Ort rechtsextremer Gewalt gewesen, der Druck, etwas zu unternehmen, war gestiegen. Da aber dieses Gremium aus Sicht einiger zivilgesellschaftlich orientierter TeilnehmerInnen keine konkreten Ergebnisse hervorgebracht hatte, entstand 2000 ein Arbeitskreis von Menschen, die praxisorientiert arbeiten wollten. Zunächst hieß der Arbeitskreis schlicht „Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus“. Das MBT Frankfurt (Oder) wurde zu Beginn angefragt, den Arbeitskreis zu beraten und zu begleiten.

Im Arbeitskreis versammelten sich Vertreter dreier stadtteilbezogener Bürgervereine, eines alternativen Jugendzentrums, verschiedener Träger der Jugendarbeit, die Mitarbeiter der RAA, die bis 2004 eine Niederlassung in der Stadt hatte, sowie einige Kommunalpolitiker und Einzelpersonen. Die erste Phase der Arbeit und der Beratung durch das MBT war durch eine nicht immer einfache Klärung des Selbstverständnisses des Arbeitskreises gekennzeichnet. Oft musste das MBT interne Diskussionen moderieren, auch Konflikte vermitteln. Inhaltlich stand der Rechtsextremismus im Mittelpunkt. Praktische Ergebnisse dieser Zeit waren u. a. der Druck eines Informationsblattes über rechtsextreme Aktivitäten in der Stadt, das an Haushalte verteilt wurde sowie die Entstehung der Beratungsgruppe für die Opfer rechter Gewalt (BOrg) Strausberg.

Ein weiterer Anlass für die Arbeit des Arbeitskreises war die Sorge über das Auftreten von Konflikten zwischen jugendlichen Spätaussiedlern und alteingesessener Wohnbevölkerung in der Stadt. Strausberg



Spielplatz für Asylbewerberkinder, der in gemeinsamer Arbeit mit Jugendlichen entstanden ist, 2004

nimmt einen Großteil der nach MOL zugewiesenen Spätaussiedler auf; aufgrund der Wohnsituation in der Stadt konzentrieren sich deren Wohnungen in den Plattenbauten im Stadtteil Hegermühle.

Ein direktes Zugehen auf Schulen und Bürger ermöglichte es den Teilnehmern des Arbeitskreises, integrationsfördernde Projekte an den Brennpunkten zu installieren. Zwei Vereine profilierten sich besonders über die ehrenamtliche Arbeit mit Spätaussiedlern. Sie schufen Möglichkeiten für einen gewaltfreien Umgang der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. So boten einige der Spätaussiedler den einheimischen Familien an, für sie russisch zu kochen. Dies wurde dankend angenommen; Gegenbesuche und ein Kennenlernen folgten.

In dieser Phase hat das MBT eine stark organisatorische Rolle übernommen. Während die inhaltliche Themensetzung und die Umsetzung der konkreten Aktivitäten lokal verankert waren, schien uns, dass der Arbeitskreis ohne eine stabilisierende Hand die vielen Kontroversen nicht überlebt hätte. So übernahm das MBT vorübergehend die Einladung und Moderation der Sitzungen, um die Aktivitäten des Arbeitskreises „abzusichern“.

Im Laufe der Zeit traten die erhofften Effekte ein: der Arbeitskreis etablierte sich durch seine Aktivitäten und die Kommunalpolitik wurde darauf aufmerksam. So begann eine neue Phase. Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und weitere Stadtverordnete sowie Vertreter der in der Integrationsarbeit tätigen Träger und der evangelischen Kirche nahmen nun aktiv an der Arbeit teil. Dieser Zuwachs erforderte allerdings einen neuen Findungsprozess für die Gruppe. Gleichzeitig

war es notwendig, endlich den Arbeitskreis organisatorisch zu stabilisieren, da die RAA-Niederlassung in Strausberg geschlossen wurde und somit eine auch für den Arbeitskreis wichtige Infrastruktur verloren ging. Als Ergebnis der MBT-Beratung ist es gelungen, die Caritas und die Evangelische Kirche für die Einladung und Moderation des Arbeitskreises zu gewinnen und damit eine lokale organisatorische Verankerung zu erreichen. Somit konnte das MBT in den Hintergrund treten und sich wieder stärker auf seine beratenden Aufgaben konzentrieren.

Aus dem Findungsprozess entstand auch ein neuer Name: „Arbeitskreis Strausberg – aufklären, informieren, handeln – Gemeinsam für Menschenwürde, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“. Sitzungen bekamen eine strukturierte Tagesordnung, damit der Informationsaustausch unter den Mitgliedern garantiert werden konnte: die BOrG und die an der Integrationsarbeit tätigen Träger berichten jedes Mal; aktuelle Themen kommen hinzu. Wichtig war vor allem die Tatsache, dass die Konkurrenzsituation aus der Gründungszeit des Arbeitskreises nicht mehr vorhanden war – der Arbeitskreis wurde von der Kommunalpolitik als Partner angesehen, bestimmte Fragen zu thematisieren und gesellschaftliche Diskussion anzuregen.

2005 – 2006: Integrationskonzept Strausberg – Begleitung eines zivilgesellschaftlichen Diskursversuches

Die bundesweite Diskussion über Zuwanderung und Integration und die lokale Behandlung dieser Fragen im Landkreis, u. a. durch die Integrationsfachtage und die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen und Träger, löste auch in Strausberg eine entsprechende Diskussion aus. So wurde die Idee eines Integrationskonzeptes auch hier aufgegriffen. Aufgrund der spezifischen Konstellation der Träger und Interessierten formulierte der Arbeitskreis auf Bitte des Bürgermeisters einen ersten Entwurf. Dieser Beleg für die gute Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft führte dazu, dass das MBT auch zu diesem, nicht originär zum MBT-Profil zählenden Thema beraten hat.

Neben dem MBT waren auch FAZIT sowie die RAA am Beratungsprozess beteiligt. Für das MBT stand von Anfang an fest, dass wir nicht selbst zu den fachspezifischen Fragen beraten, sondern an die entsprechenden Beratungsträger vermitteln würden. Die besondere Situation bei der Entwicklung eines Integrationskonzeptes in Strausberg bestand

darin, dass eine zivilgesellschaftliche Gruppe – und nicht allein die Verwaltung – die Aufgabe in der Hand hatte. So sahen wir die Möglichkeit, über den zivilgesellschaftlich entwickelten Entwurf einen gesellschaftlichen Diskurs zum Thema Integration von Zuwanderern anzuregen.

Der eigentliche Prozess, in dem der schriftliche Entwurf für ein Integrationskonzept entstanden ist, war lang und mühsam. Der Arbeitskreis traf sich einmal pro Monat, diese Treffen wären aber mit der notwendigen redaktionellen Arbeit überfordert gewesen, so dass eine kleinere Redaktionsgruppe gebildet wurde, die wir unterstützt haben. Ein mehrmaliges Hin und Her zwischen der Redaktionsgruppe und dem gesamten Arbeitskreis war nötig, bis die wichtigsten Entscheidungen, zunächst über Form und Umfang, später über den Inhalt des Konzepts getroffen wurden. Dabei waren mehrere Diskussionen innerhalb des Arbeitskreises notwendig, u. a. um Begriffe zu klären und die Mitglieder des Arbeitskreises zu einigen Fragen aufzuklären und zu sensibilisieren. Das MBT hat als einzige Beratungsinstanz alle Phasen des Prozesses unterstützt.

Technisch gesehen konnte die Redaktionsgruppe für den Austausch und die gegenseitige Korrektur zwar auf Computer und Email zurückgreifen, die professionellen Werkzeuge, die Arbeitsgruppen in Unternehmen zur Verfügung stehen, waren im ehrenamtlichen Kontext jedoch nicht vorhanden. Nach gut einem Jahr ist ein Papier entstanden, das vom Arbeitskreis beschlossen werden konnte. Auch die Frage, wie mit dem beschlossenen Entwurf verfahren werden sollte, musste im Arbeitskreis und in Abstimmung mit der Stadtverwaltung geklärt werden. Aus unserer Sicht war jeder Schritt der Diskussion auch innerhalb des Arbeitskreises schon Teil des beabsichtigten gesellschaftlichen Diskurses.

Hinzu kam, dass am Anfang der Diskussionen davon ausgegangen wurde, dass das einzige Asylbewerberheim des Landkreises nach Strausberg ziehen würde, d.h. es gab in der Stadt schon einen Diskurs zum Thema, der leider eher negativ geprägt war. Der Arbeitskreis war insofern direkt davon betroffen, als ein im Arbeitskreis vertretener Träger Betreiber des Heims war und ist. Kurz nach Fertigstellung des Papiers wurde dann auf Kreisebene entschieden, das Asylbewerberheim in einen Nachbarort von Strausberg ziehen zu lassen. Das hat aber dem Entwurf nicht geschadet, denn die Fragestellung blieb auch ohne Asylbewerberheim bestehen.

Während des Prozesses haben wir für eine Beratungsvorlage folgende Sätze zum Sinn und Zwecke eines Integrationskonzeptes for-

muliert, die vom Arbeitskreis übernommen und in das Vorwort des Entwurfes aufgenommen wurden:

„Die Diskussion und Annahme eines Integrationskonzeptes im kommunalen Kontext bietet eine einmalige Chance, Politik, Verwaltung und Gesellschaft für das Thema Integration in all seinen Facetten zu sensibilisieren, *damit* den lokalen Diskurs zum Thema konstruktiv zu beeinflussen und *somit* die Umsetzungschancen für das Konzept selbst zu erhöhen.“ [kursiv im Original]

Weiter hat der Arbeitskreis im Papier formuliert:

„Das heißt, die konstruktive Diskussion des Themas Integration von Zuwanderern, die Entwicklung einer handlungsorientierten Konzeption sowie deren Umsetzung haben als globales Ziel das verbesserte Gemeinwohl der Stadt Strausberg insgesamt. Verantwortung für erfolgreiche Integration muss Verpflichtung aller Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft sein. Integration ist ein anhaltender Prozess; seine Steuerung und Gestaltung ist ein Element des solidarischen Gemeinwesens in unserer Stadt.“

Im Gegensatz zu einigen Integrationskonzepten, die der Arbeitskreis während der Arbeit gesichtet hat, legt das Integrationskonzept Strausberg den Schwerpunkt auf die Reflexion der derzeitigen Arbeit mit Zuwanderern sowie auf Überlegungen zur interkulturellen Öffnung der Kommune. Nach einer Beschreibung der Zuwanderer in Strausberg werden als Zielgruppen genannt:

1. alle in Strausberg aufgenommenen Zuwanderer, unabhängig vom Status als bleibeberechtigte Zuwanderer und solche, die sich nur zeitweise in Strausberg aufhalten. Integrationsprozesse vollziehen sich bei beiden Personengruppen.
2. die Stadt Strausberg als aufnehmendes Gemeinwesen, deren Behörden und Institutionen sowie die Einwohner.

Es folgt dann – mit Bezug auf die „Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer im Land Brandenburg“ – eine Definition von Integration an und für sich sowie unter Bezug auf die RAA eine Beschreibung der Ansätze „Interkulturelle Öffnung“ und „Interkulturelle Kompetenz“ bevor die Handlungsfelder, die aus Sicht des Arbeitskreises eine wichtige Rolle spielen, genannt und kurz beschrieben werden.

Nachdem der Arbeitskreis das Papier mit dem Titel „Diskussionsgrundlage für eine Handlungskonzeption für die Aufnahme und Integration von Zuwanderern in Strausberg: SpätaussiedlerInnen, ihren Angehörigen, AsylbewerberInnen und anderen MigrantInnen“ beschlossen hatte, wurde es dem Bürgermeister vorgestellt, der es dann in die kommunalpolitischen Gremien (Stadtverordnetenversammlung und Ausschüsse) einbringen sollte. In einer Sitzung des Arbeitskreises würdigte der Bürgermeister die Arbeit zur Erstellung des Papiers. Die Öffentlichkeitsarbeit zur Präsentation wurde gemeinsam gestaltet, Vertreter des Arbeitskreises haben das Papier und seine Bedeutung u. a. im Hauptausschuss vorgestellt. Ein gesellschaftlicher Diskussionsprozess wurde in Gang gesetzt.

Reflexion

Die hier dargestellten Beratungsprozesse zeigen, wie das MBT nicht ausschließlich an die offiziellen Themen des Toleranten Brandenburg gebunden sein muss, wenn Anlass und Kontext stimmen. So wie hier beschrieben, kommt es immer häufiger zu Situationen, in denen wir im Gemeinwesen zu einem aktuellen oder vor Ort wichtigen Thema beraten und darüber demokratische und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse unterstützen können, auch dort wo das Thema Rechtsextremismus nicht unmittelbarer Anlass unserer Arbeit ist. Ferner wird anhand der beschriebenen Beispiele deutlich, wie langjährige kontinuierliche Beratung Schritt für Schritt zu immer neuen Entwicklungsmöglichkeiten führen kann, wie sie bei einem bloß projektbezogenen Ansatz nicht möglich wären.

Wolfram Hülsemann, Michael Kohlstruck, Dirk Wilking (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches
Institut für Gemeinwesenberatung**

Einblicke II

Ein Werkstattbuch

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber:

Cover: Daniel Abma

S. 8: Daniel Kause

S. 17: Uckermärkischer Anzeiger vom 10.10.2003

S. 17 u. 18: Wolfram Hülsemann

S. 22, 29, 30, 33-35 u. 39: Andrea Nienhuisen

S. 28, 40 u. 43: Daniel Abma

S. 38: Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe

S. 82, 85, 87 u. 93: Schutzbund Deutschland

S. 89: Dominique John

S. 91: Gabriele Schlamann

S. 105-108, 112-114: Informelle Gruppen. Bei Hells Angels soll es sich in den USA um ein Markenzeichen handeln.

S. 150-152 u. 161: KKJR MOL e.V.

S. 168: Ulrike Trelert

S. 169-171, 177, 183 u. 187: Karin Dörre und Jürgen Lorenz

© Dezember 2007, Potsdam

(für die elektronische Veröffentlichung korrigierte Fassung, August 2008)

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von Demokratie und Integration Brandenburg e.V.

Geschäftsstelle:

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Sabine Garstecki, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 978-3-00-021870-5



Inhalt

Grußwort	5
Vorwort	7
<i>Wolfram Hülsemann</i>	
Rechtsextremismus – oder: Worüber reden wir eigentlich?	9
<i>Andrea Nienhuisen</i>	
Rechtsextreme Aufmärsche am Waldfriedhof in Halbe – der lange Weg eines Bürgerbündnisses zum Erfolg	21
<i>Jan Kasiske</i>	
Halbe 2007 – Mit Recht gegen Rechtsextrem? Über Möglich- keiten und Grenzen von Gesetzesänderungen zu Verboten von Aufmärschen Rechtsextremer	45
<i>Michael Kohlstruck, Daniel Krüger</i>	
„Die Treue ist das Mark der Ehre“	55
<i>Nicola Scuteri</i>	
Rechtsextreme Strukturen im Nordwesten Brandenburgs am Beispiel des „Schutzbund Deutschland“	79
<i>Dirk Wilking</i>	
Rechtsextremismus und Rocker im Land Brandenburg	95
<i>Ray Kokoschko</i>	
Kommunalanalyse „Für ein weltoffenes und tolerantes Bad Freienwalde“	125
<i>Robin Kendon</i>	
Langjährige Beratungsprozesse in der Zivilgesellschaft im Bereich der Integration von Zuwanderern	149

<i>Karin Dörre, Jürgen Lorenz</i>	
Das MBT im Dorf. Beratung im ländlichen Raum	167
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Arbeitsfeld Elternberatung im Mobilen Beratungsteam	193